



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

26.02.02

Ergebnisse der Fraktionsberatungen am 25.02.02

Presseerklärung

1. Metrorapid

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen eine positive Beschlussfassung zum Metrorapid derzeit ab. Die bislang vorliegenden Ergebnisse der Machbarkeitsstudie lassen zu viele Fragen offen, die insbesondere die vom Rat verlangte Kosten-Nutzen-Analyse und die Finanzierung betreffen.

Bei der verkehrspolitischen Bewertung ist nach wie vor klar, dass der Ausbau des bestehenden Netzes unter Anwendung der Rad-Schiene-Technik eine wesentlich günstigere Variante darstellt. Der voraussichtliche Zeitgewinn von wenigen Minuten etwa im Vergleich zum Einsatz des ICE 3 steht in sehr ungünstigem Verhältnis zu dem mehrfach so hohen Investitionsbedarf für die Magnetschwebetechnik.

Auch bei der Berechnung der Wirtschaftlichkeit und Finanzierung basiert die Berechnung der Einnahmen auf umstrittenen Prognosen für Fahrgastzahlen. Die Deutsche Bahn AG prüft erst, ob sie als Betreiber tatsächlich zur Verfügung steht. Private Investoren, ohne deren Beteiligung das Projekt nicht realisierbar ist, sind bisher noch nicht gewonnen worden.

Die Trassenführung macht im westlichen Abschnitt im Bereich Rheinische Straße/Beuthstraße zum Bau der Metrorapidtrasse Eingriffe in die Bausubstanz, d.h. der Abriss von mehreren Häusern, notwendig.

In den vorliegenden Unterlagen fehlen Aussagen über die konkreten Standorte sowie den jeweiligen Flächenverbrauch und die damit u. U. verbundenen baulichen Auswirkungen der auf Dortmunder Stadtgebiet vorgesehenen Unterwerke und Rangierunterwerke. Auch zur Abstellanlage für Metrorapidzüge während der verkehrsfreien Zeit im Umfeld des Hauptbahnhofs gibt es keine Angaben hinsichtlich des Standorts und des Flächenverbrauchs.

Die geplante Trassenführung östlich des Hauptbahnhofs erfordert mehrfache Eingriffe in die Bausubstanz und Betriebsverlagerungen in der Nordstadt sowie eine umfassende



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Beeinträchtigung bzw. Zerschneidung der Freiräume (Naturschutzgebiet) im Bereich Scharnhorst/Brackel.

Darüber hinaus ist eine Anbindung des Flughafens Dortmund und damit eine Verlängerung des Metrorapids über den Dortmunder Hauptbahnhof hinaus aus Gründen der Auslastung (sechs Fahrgäste pro Zug) im Verhältnis zu den Investitionskosten völlig unwirtschaftlich.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden dem Rat konkrete Anträge vorlegen (s. Anlage), die zum einen die grundsätzlichen Bedenken deutlich machen, zum anderen auch Vorschläge für das GEP-Änderungsverfahren beinhalten.

2. Doppelhaushalt

Der Haupt- und Finanzausschuß soll in seiner Sitzung am 28.02.02 einen Eckwertebeschluß des Verwaltungsvorstandes zur Haushaltssicherung zur Kenntnis nehmen.

Dieser beinhaltet den Vorschlag zu Aufstellung eines Doppelhaushaltes, der zwar im Ältestenrat thematisiert wurde, aber keineswegs dem erklärten politischen Willen aller Fraktionen entspricht. In der Vorlage fehlt jegliche Begründung für die Aufstellung eines Doppelhaushaltes 2003/2004. Aus der Sicht unserer Fraktion kann es sich nur um einen Versuch der Verwaltungsspitze handeln, im Wahljahr jegliche politische Turbulenzen zu verhindern und der Verwaltung einen möglichst großen Spielraum zur Realisierung ihrer drastischen Sparmaßnahmen zu verschaffen.

Diese Sparmaßnahmen belasten in besonderer Weise das Dezernat 5. Betroffen sind - mal wieder - Alte, Arme, Alleinerziehende, Jugendliche, Behinderte, Kinder und Sozialhilfeempfänger. Wie die gigantischen Einsparpotenziale erzielt werden sollen, ist noch nicht klar. Da die Leistungen nach KJHG und die Sozialhilfe von den Kürzungen ausgenommen werden, können folglich in diesen Bereichen auch keine Einsparungen durch Personalreduzierung erzielt werden. Auf dem Prüfstand stehen damit sämtliche freiwilligen Aufgaben in diesem Bereich. Schon jetzt ist sicher, daß das Jugendamt den Hauptanteil am zu erzielenden Einsparvolumen erbringen müssen. Bei der vorgeschlagenen Form der linearen Kürzung leisten diejenigen den größten Konsolidierungsbeitrag, die am dringendsten auf öffentliche Hilfe angewiesen sind.

Die sogenannte Infrastrukturrevision, die ein Finanzziel von 5 Mio Euro erbringen soll (wobei die Berechnungsgrundlage für die Verteilung auf die Fachbereiche nicht nachvollziehbar ist), dient, so der Oberbürgermeister, auch dem Ziel einer Reinvestition in Qualität. Tatsache ist aber, dass z.B. im Bereich der Kinderbetreuung auch in ausreichende Quantität investiert werden muß. Im übrigen fehlt jegliche differenzierte Auseinandersetzung mit zukünftig neu anfallenden Aufgaben in Relation zu Aufgabenbereichen, die aus verschiedenen Gründen (z. B. Einwohnerverluste) nicht mehr in gleichem Umfang wahrgenommen werden müssen. Eine politische Zielsetzung ist nicht erkennbar.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden in einem ersten Schritt verlangen, dass der nächste Haushaltsplan wie bisher für ein Jahr aufgestellt wird, um die politischen Gestaltungs- und Kontrollmöglichkeiten zu gewährleisten.